

Bezugspreise:
Mittelständl. M. - M. monatl. M. - M.
fest ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10,- M. zzgl. Pa-
stentgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16,50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal Zustellung 21,50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz - Eingetragen in
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“ und der Unter-
haltungsbeilage „Weltweit“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schlagfertigste Komposition
kostet 2,50 M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 1,50 M. (zu-
läufig zwei fertige Wörter), jedes
weitere Wort 1,- M. Stellengeld
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1,- M. jedes weitere Wort
50 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten 2,- M. Die
Preise verstehen sich einschließlich
Leistungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
wissen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Bestell-
form von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Freitag, den 18. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54

Vom preussischen Wahlkampf.

Zum deutschnationalen Parteikampf.

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift der Ortsgruppe Potsdam des „Deutschen Herold“. Die Ortsgruppe Potsdam kämpft, wie aus der Zuschrift ersichtlich ist, gegen die Richtung Wulle und fordert, daß die Anhänger dieser Richtung ausgeschlossen werden. Die Ortsgruppe Potsdam klagt über Quertreiber, Zersplitterung und Zerfischung des Verbandes, zumal die beiden Vorsitzenden ihr Amt niedergelegt hätten. Die Entscheidungsschlacht in diesem Froschmäusekrieg wird, wie wir schon meldeten, am 6. März in einer Hauptversammlung ausgefochten werden. In der Erklärung der Ortsgruppe Potsdam finden wir dann folgenden Satz besonders bemerkenswert:

Mit großem Anwillen haben wir davon Kenntnis genommen, daß das durch den Hauptvorstand als streng vertraulich verkaufte Rundschreiben vom 5. Februar Eingang in den „Vorwärts“ gefunden hat.

Wahrhaftig sonderbar, höchst sonderbar! Als das Rundschreiben im „Vorwärts“ erschien, hieß es in der deutschnationalen Presse, das sei eine Mystifikation und eine plumpe Fälschung.

Ein Schiedsgericht.

Folgende Mitteilung geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Bei dem Wechsel der Hauptschriftleitung der „Deutschen Zeitung“ sind persönliche Differenzen zwischen uns an die Öffentlichkeit gelangt, die im Interesse der nationalen Bewegung durch ein von uns angerufenes Schiedsgericht einwandfrei geklärt und restlos beseitigt worden sind. gez. v. Schilling, gez. Wulle.

Rechtsputschisten vor den Wahlen.

Aus Breslau meldet uns ein eigener Drahtbericht:
„Die Mitteilungen der Breslauer „Volkswacht“ über die Rüstungen der Rechtsputschisten in Schlesien haben in der Provinz Schlesien selbst großes Aufsehen erregt. Die rechtsradikale „Schlesische Tagespost“ hat sofort zu Verurteilungen und weckt sich auf dem Umweg über Berlin melden lassen, daß die — Kommunisten in Schlesien ihrerseits Putschabsichten hätten. Der Breslauer Polizeipräsident Geheimrat Liebermann mußte aber gegenüber diesen lächerlichen „Enthüllungen“ der Rechten in einer amtlichen Mitteilung darauf hinweisen, daß die Kommunisten in Schlesien nur ganz geringen Anhang besitzen und die Mittel zur Durchführung großsprecherischer Drohungen auch nicht haben. Damit sind die Enthüllungen der Rechtspresse als Abwehrmanöver und Wahlmache deutlich genug gekennzeichnet. Die Breslauer „Volkswacht“ fragt gegenüber der konservativen „Schlesischen Zeitung“, die die sozialdemokratischen Meldungen nicht ernst nehmen will, ob die Bildung bewaffneter Banden in Niederschlesien unter dem Kommando des Generalmajors Freiherrn v. Lüttich (nicht der Kappist) mit dem Stabsquartier Hlogau und dem Referatkommando des Obersten Ahmann mit eingeteilten Orts- und Landesführern nicht als bewaffnete Bande gilt. Dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung ist das Material, auf das sich die „Volkswacht“ stützt, auch bereits übermittelt worden.“

Daß die Rechtsputschisten ihre Reihen schließen, ist wahrscheinlich und begründlich. Unbegründlich aber ist, daß die sozialistische Arbeiterschaft sich immer noch gegenseitig beschelzt, anstatt einig und geschlossen allen Rechtsputschisten gegenüberzutreten. Aller Ausschluß wird verweigert, wenn der 20. Februar eine sozialdemokratische Mehrheit gibt.

Der Korruptionsfonds.

Breslau, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Der in Breslau nach Mitteilung der „Breslauer Volkswacht“ gegründete Unternehmerverband zur Unterstützung bürgerlicher Parteien, die die Interessen der Unternehmerschaft des Großhandels und der Industrie wahrnehmen wollen, ist, wie sofort von der Parteipresse vermutet wurde, keine auf Schlesien beschränkte Erscheinung. Das Material, das unserem hiesigen Parteiblatt in die Hände gefallen ist, ergibt, daß auch in Bayern, Rheinland-Westfalen, in Magdeburg, Halle und in Thüringen ähnliche Organisationen unter dem Titel: „Wirtschaftsbund der Industrie“ tätig sind. Der Großhandel ist dort nicht zugezogen worden. Die „Breslauer Volkswacht“ ist in der Lage, die Namen der Vorstandsmitglieder dieser schlesischen Organisation zu Wahlkorruptionszwecken zu veröffentlichen. Es sind durchweg bekannte Großindustrielle und Großhändler, zu Teil übrigens Juden. Das ist um so bemerkenswerter, als die Deutschnationalen Volkspartei bisher mit keinem Wort bestritten hat, das Geld an genommen und die Bedingungen des Verbandes unterschrieben zu haben. Die „Deutsche Demokratische Partei“ und die Zentrumspartei haben dagegen mit großer Verspätung und anscheinend nach schweren inneren Kämpfen öffentlich dementiert, daß sie die Bedingungen des Arbeitgeberverbandes unterschrieben haben. Von demo-

kratischer Seite werden aber unseres Wissens indirekt noch heute die Verhandlungen weitergeführt, und eine Reihe von bekannten Demokraten gehört dem Vorstand des Verbandes ebenfalls an.

Deutschnationale Expresser?

Die „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“ bleibt bei der Behauptung, daß ihrer Partei das Manuskript der Schrift: „Deutschnationale oder Jüdische Volkspartei?“ für 20 000 M. zum Austausch angeboten worden sei. Wäre diese Behauptung richtig, so wäre sie für die Deutschnationale Volkspartei wenig ehrenvoll. Wir sind aber der Wahrheit schuldig zu erklären, daß von uns für den Abdruck jenes interessanten Dokuments aus dem deutschnationalen Parteileben nicht ein Pfennig Honorar gefordert worden ist.

Aufbauen

wollen die bürgerlichen Parteien:

- Die Preise für den Lebensbedarf.
- Die Vorrechte für Sunter und Kapitalisten.
- Die Monarchie.
- Den alten Militarismus.
- Die Gefindeordnung.
- Die Macht der Kirche über die Schule.

Niederreißen

wollen die bürgerlichen Parteien:

- Das Mitbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes.
- Die Steuern auf Besitz und hohe Einkommen.
- Das gleiche Recht der Frauen.
- Die Republik.
- Das Koalitionsrecht der Arbeiter, Beamten und Angestellten.
- Das gleiche Wahlrecht.

Die Sozialdemokratie will es umgekehrt machen.

Wählt S. P. D.

Ludendorffs Aberwitz.

Von den Alldeutschen beschimpft.

Die „Deutsche Zeitung“ wehrt gegen die Anerkennung der ehemals russischen Randstaaten durch die Entente. Sowjetrußland werde sich gewiß nicht daran kehren, aber auch ein zukünftiges Rußland nicht. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt:

Das kommende Rußland wird es als seine erste und vornehmste Aufgabe ansehen, sich die Wege zu den Meeren wieder freizumachen und die überwühligen Landsperrern zu vernichten. Das hätte sich jeder andere vernünftige Staat gleich von selbst sagen können, ehe er feierlich mit „anerkannt“, insbesondere aber Deutschland, dem es doch am meisten daran liegen müßte, mit dem großen Nachbar im Osten in Frieden zu leben.

Arme „Deutsche Zeitung!“ In der Hitze des Gefechts hat sie ganz vergessen, daß die russische Randstaatenpolitik nicht von der Entente, sondern 1917 von den Alldeutschen unter Führung Ludendorffs begonnen wurde. Ludendorff war es, der die „überwühligen Landsperrern“ gegen Rußland zuerst errichtete. Welches Vernichtungsurteil gegen Ludendorff liegt in den Worten der „Deutschen Zeitung“.

Versammlungen.

Der 20. Februar! In einer sehr gut besuchten Versammlung in Dichterrade sprach Genosse Ewald Bernstein über den 20. Februar. Der Redner schilderte die Ursache des furchtbaren Elends, in dem das deutsche Volk sich befindet; zugleich legte er aber dar, wie dem abzuwehren sei. Er erinnerte an die Vorschläge, die unser Landwirtschaftsminister Genosse Otto Braun zum Ausbau der Landwirtschaft gemacht habe. Ferner zeichnete der Redner in kurzen Ausführungen die Kulturarbeit, die die Sozialdemokratie auf allen Gebieten geleistet habe. Die Stellung der einzelnen Parteien von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten wurde den Zuhörern dargelegt. Großer Beifall lohnte ihn für seine Darlegungen. In der Diskussion meldete sich ein U.S.P.-Vertreter, dessen Ausführungen den Unwillen der Versammlung hervorriefen. Das von dem Redner Gesagte gipfelte in ein persönliches Herunterreißen der führenden Persönlichkeiten der S.P.D. Von mehreren Diskussionsrednern und dem Referenten wurde der U.S.P.-Vertreter schlagend abgefertigt.

Kommunistischer Parteiwirrawau

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht folgende Mitteilung:
Die Zentrale unserer Partei beschloß in ihrer gestrigen Sitzung den Ausschluß von Otto Thomas und Otto Graf wegen der bekannten Vorkommnisse in der Münchener Partei.

Diese beiden Kommunisten hatten bekanntlich in München die Verbrüderung mit den Nationalisten und die gemeinsame Vorbereitung zum Revanchekrieg gegen die Entente eingeleitet. Den nach München gefandten Vertretern der Parteizentrale war es zwar gelungen, in der Parteiversammlung ein Mißbilligungsvotum gegen das Verhalten von Graf und Thomas durchzubringen, doch wurde den beiden kommunistischen Revanchepatrioten nachträglich sofort wieder ein Vertrauensvotum erteilt. Dem Münchener Vertrauensvotum folgt nun der Berliner Hinauswurf.

Dieser Vorgang ist nur ein Zeichen mehr dafür, daß es in der U.S.P.D. an allen Ecken und Enden brennt. Die Berliner Lokalorganisation steht gegen die Reichszentrale, diese bemüht sich vergebens, in München Ordnung zu schaffen, sie muß sich dabei von der Berliner Opposition logen lassen, daß sie selbst an der Münchener Konfusion schuld sei. Denn die Reichszentrale hat die Parole „Bündnis mit Sowjetrußland“ ausgegeben, sie will damit das Bündnis Deutschlands ohne Rücksicht auf dessen innerpolitische Verhältnisse mit Rußland als ein Schutz- und Trutzbündnis gegen die Entente. Von da bis zur Münchener Verbrüderung mit den Nationalisten ist nach der Auffassung der Berliner Opposition nur ein Schritt.

Die „Rote Fahne“, die auf Seiten der Zentrale steht, wendet sich in der gleichen Nummer gegen die Behauptung der „Freiheit“, Dr. Levi habe seinen Brief an den geheimen Abgesandten Mostaus in Berlin absichtlich verloren und damit eine eigenartige Flucht in die Öffentlichkeit angetreten. Sie behauptet, daß jener Brief ehrlich verloren und von den Unabhängigen gemauert worden ist. Aber wie dem auch immer sei, so hat auch dieser Brief die furchtbare innere Zerküftung der U.S.P.D. enthüllt, und seine Veröffentlichung hat zu ihrem weiteren Fortschritt beigetragen. Aus dem Brief ergab sich bekanntlich, daß man in Moskau mit Levi sehr unzufrieden ist und daß Levi sein Verbleiben als Vorsteher der Partei von der Entscheidung Mostaus abhängig macht.

Es ist wahrlich zum Lachen, wenn diese konfuse, in sich total zerrissene Gesellschaft in dem gegenwärtigen Wahlkampf mit dem Anspruch hervortritt, sie wolle „die Einheitsfront des Proletariats“ herstellen. Wie sieht es denn mit ihrer eigenen Einheitsfront aus? Immer wieder erfüllt sich an den Arbeiterzersplitterern der unerbittliche Spruch der Geschichte, daß wer die Einigkeit der Arbeiterklasse freventlich spaltet, selbst dem Fluch der Spaltung anheimfällt. Mögen doch die Arbeiter begreifen, daß jede Stimme, die am 20. Februar für die Vereinigte kommunistische Partei abgegeben wird, die verhängnisvolle Zersplitterung der Arbeiterklasse vermehrt, ihre Aktionskraft lähmt und ihren gefährlichsten Feinden Vorschub leistet.

In den Aufrufen dieser Partei kann man jetzt lesen, daß sie das unmittelbare Glück der Arbeiterklasse anstrebe. So hieß es in der „Roten Fahne“ vom letzten Mittwoch:

Der Kommunismus ist eine Frage nicht der fernen Zukunft, sondern von heute und morgen.

Der Kommunismus ist der Kampf um Fleisch und Brot und Stube und Küche, um Hemd und Rock, um die Fabriken und das Land, um das Leben unserer Kinder...

Das ist der Weg, den der Kommunismus geht.

Darüber, ob ihr ihn gehen wollt, sollt ihr am 20. Februar entscheiden!

Früher hatten die Kommunisten gelehrt, daß das Wählen eine vollkommen gleichgültige Sache sei. Heute fällt nach ihrer Auffassung am Wahltag die Entscheidung darüber, ob die Arbeiter, Fleisch und Brot, Stube und Küche, Hemd und Rock, Fabriken und Land haben sollen. Sie brauchen nur einen „richtigen“, einen kommunistischen Wahlzettel in die Urne zu werfen, und sie kriegen das alles!

Ein blödsinniger Versuch, die bedauernswerten Unwissenheit mancher Wählerkreise zu mißbrauchen, eine plumpere Wahldemagogie ist noch niemals dagewesen!

Solange bei den Kommunisten noch die eifrigen Fanatiker und nicht die mit allen Mitteln um Mandate kämpfenden Demagogen das große Wort hatten, wurde zugegeben, daß der Sieg des Kommunismus das Elend der Arbeiterklasse zunächst nur noch vergrößern würde. Aber, so sagten die Fanatiker, die Arbeiterklasse müsse auch noch durch dieses Elend hindurch, um dann später die Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen aufbauen zu können.

Mit einer solchen Lehre konnte man aber freilich höchstens eine kleine Schar religiös begeisterter Kämpfer gewinnen, sie war kein Ruder, um Wähler zu fangen. Also hat man heute, leichter als den Rock, die Ueberzeugung gewechselt und preist den Kommunismus als eine Methode, den nolebenden Massen „nicht in ferner Zukunft, sondern heute und morgen alles zu verschaffen, wonach ihr Herz begehrt“.

